

mehrheitlich mit CDU, SPD und AfD gegen GRÜNE und LINKE
An InnSichO – nachrichtlich VerfSch

Stellungnahme

des Ausschusses für Verfassungs- und
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Verbraucherschutz
vom 6. November 2024

zum

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der
Fraktion Die Linke
Drucksache 19/1652
**Gesetz über Berichtspflichten des Senats gegenüber
dem Abgeordnetenhaus von Berlin zu
Grundrechtseingriffen im Rahmen der
Gefahrenabwehr und Strafverfolgung
(Überwachungstransparenzgesetz)**

Der Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Verbraucherschutz empfiehlt:

Der Antrag – Drucksache 19/1652 – wird abgelehnt.

Berlin, den 7. November 2024

Der Vorsitzende
des Ausschusses für Verfassungs- und
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Verbraucherschutz

Sven Rissmann